

Antrag

Initiator*innen: David Vadasz (LV Grüne Jugend Bayern)

Titel: Solidarität muss (Verbands)Praxis werden!

Antragstext

1 **Die GRÜNE JUGEND München beschließt, Solidarität mit strukturschwächeren**
2 **Verbänden zu einem festen Bestandteil ihrer Verbandsarbeit zu machen.**

3 Dabei gelten für alle Formen der Unterstützung folgende Grundsätze:

- 4 • Bedürfnisse vor Ort: Unterstützung soll gemeinsam mit den jeweiligen
5 Verbänden entwickelt werden und sich an deren konkreten Bedürfnissen
6 orientieren.
- 7 • Gegenseitiger Austausch: Gemeinsame Projekte sollen nicht nur Ressourcen
8 aus München in andere Verbände bringen. Auch Erfahrungen, Perspektiven und
9 politische Praxis der unterstützten Verbände sollen in unsere eigene
10 Arbeit einfließen.
- 11 • Ermöglichen, nicht ersetzen: Ziel ist es, die eigenständige politische
12 Arbeit strukturschwächerer Verbände zu stärken und ihnen zusätzliche
13 Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen.
- 14 • Beziehungen aufbauen: Wo es sinnvoll ist, sollen langfristige
15 Kooperationen aufgebaut werden, statt Unterstützung ausschließlich als
16 einzelne, voneinander unabhängige Maßnahmen zu verstehen.

Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, anderen Verbänden vorzuschreiben, was sie brauchen oder wie sie ihre politische Arbeit organisieren sollen. Solidarität funktioniert nur, wenn sie an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen und Strukturen vor Ort ansetzt. Wir wollen deshalb nicht für andere Verbände entscheiden, sondern Ressourcen, Wissen und Möglichkeiten mit ihnen teilen.

Auf dieser Grundlage beschließt die GRÜNE JUGEND München insbesondere folgende Maßnahmen:

1. Finanzielle Unterstützung ermöglichen

Die GRÜNE JUGEND München leistet im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten einen regelmäßigen finanziellen Beitrag zur strukturellen Unterstützung anderer Verbände. Dafür sollen insbesondere bestehende Strukturförderinstrumente (Strukturförderpotenzial) der Bundesebene der GRÜNEN JUGEND genutzt werden. Alternativ oder ergänzend kann eine direkte finanzielle Unterstützung konkreter strukturschwächerer Verbände erfolgen.

Schon ein kleiner Betrag macht oft einen großen Unterschied. Unsere Unterstützung soll jedoch über eine symbolische Beteiligung hinausgehen und einen spürbaren Beitrag zur politischen Arbeit strukturschwächerer Verbände leisten. Dafür ist es angemessen, auch einen Teil unserer eigenen finanziellen Handlungsmöglichkeiten solidarisch einzusetzen.

Perspektivisch soll die finanzielle Unterstützung strukturschwächerer Verbände über einen festen Anteil der jährlich frei verfügbaren finanziellen Mittel der GRÜNEN JUGEND München abgesichert werden. Der Vorstand wird beauftragt, im Rahmen der kommenden Haushaltsaufstellungen einen hierfür angemessenen und dauerhaft tragfähigen Anteil vorzuschlagen und dessen Berücksichtigung in der Haushaltsplanung sicherzustellen.

2. Wissen, Zeit und personelle Ressourcen teilen

Solidarität besteht nicht nur aus finanziellen Mitteln. Gerade für kleinere Verbände können Wissen, Erfahrung und praktische Unterstützung mindestens genauso wertvoll sein.

Die GRÜNE JUGEND München unterstützt deshalb strukturschwächere Verbände auch bei konkreten Projekten. Mitglieder aus München können beispielsweise bei Veranstaltungen vor Ort mithelfen, Workshops anbieten, bei der

Öffentlichkeitsarbeit unterstützen oder Erfahrungen aus der Organisation größerer Veranstaltungen und Kampagnen teilen.

Wenn Mitglieder der GRÜNEN JUGEND München für solche gemeinsamen Projekte in andere Regionen fahren, soll nach Möglichkeit auch die Übernahme der entstehenden Fahrtkosten durch die GRÜNE JUGEND München ermöglicht werden. Solidarisches Engagement soll nicht davon abhängen, ob einzelne Menschen die damit verbundenen Kosten privat tragen können.

3. Partnerschaften und Patenschaften aufbauen

Die GRÜNE JUGEND München baut langfristige Partnerschaften oder Patenschaften mit mindestens einem konkreten strukturschwächeren Verband auf und strebt perspektivisch weitere Partnerschaften an.

Eine solche Partnerschaft kann beispielsweise bedeuten, dass sich zwei Verbände regelmäßig austauschen, gemeinsame Veranstaltungen organisieren, gegenseitig zu Veranstaltungen einladen oder sich bei konkreten Projekten unterstützen. Auch regelmäßige digitale Treffen zwischen den Vorständen oder offenen Treffen der jeweiligen Verbände könnten Bestandteil einer solchen Partnerschaft sein.

Dadurch kann aus punktueller Unterstützung eine dauerhafte Beziehung entstehen. Gerade für kleinere Verbände kann es wertvoll sein, einen festen Partnerverband zu haben, auf dessen Erfahrungen und Unterstützung sie bei Bedarf zurückgreifen können.

Gleichzeitig profitieren auch wir von diesen Beziehungen. Wir können politische Erfahrungen aus anderen Regionen kennenlernen, unsere eigenen Perspektiven erweitern und stärker verstehen, unter welchen Bedingungen junge Menschen an anderen Orten linke und progressive politische Arbeit leisten.

4. Gemeinsame Veranstaltungen und Austausch organisieren

Die GRÜNE JUGEND München soll verstärkt gemeinsame Veranstaltungen mit strukturschwächeren Verbänden organisieren oder Mitglieder dieser Verbände aktiv in Veranstaltungen der GRÜNEN JUGEND München einbinden.

Denkbar wäre beispielsweise, Mitglieder strukturschwächerer Verbände zu Veranstaltungen wie der Herbstwerkstatt, anderen Bildungsevents oder einer

FLINTA*-Fahrt einzuladen und ihnen dort nicht nur eine Teilnahme zu ermöglichen, sondern sie aktiv in die Planung und Durchführung einzubeziehen, wenn dies von beiden Seiten gewünscht ist.

Auch gemeinsame Veranstaltungen in den jeweiligen Regionen können sinnvoll sein. So können Mitglieder der GRÜNEN JUGEND München ihre Erfahrungen und Ressourcen einbringen und gleichzeitig von den Erfahrungen der Aktiven vor Ort lernen.

Dabei soll insbesondere auch die Situation von Verbänden in Ostdeutschland sichtbar gemacht werden. Gemeinsame Veranstaltungen und Begegnungen können dazu beitragen, die dortigen politischen Herausforderungen nicht nur abstrakt zu benennen, sondern die Perspektiven der Menschen sichtbar zu machen, die unter diesen Bedingungen linke und progressive politische Arbeit leisten.

5. Zuhören und lernen

Die GRÜNE JUGEND München will die Zusammenarbeit nicht nur nutzen, um andere Verbände zu unterstützen, sondern auch, um selbst zu lernen. Ostdeutsche Geschichte und die politischen Erfahrungen der Menschen vor Ort gehen auch uns etwas an. Erfahrungen mit Strukturwandel und den Folgen der Wiedervereinigung können uns beispielsweise zeigen, wie wichtig es ist, die ökologische Transformation sozial gerecht und gemeinsam mit den Menschen vor Ort zu gestalten.

Auch im Umgang mit dem Rechtsruck können wir voneinander lernen. In vielen ostdeutschen Regionen gibt es langjährige Erfahrungen mit antifaschistischer Arbeit unter schwierigen Bedingungen. Diese Erfahrungen sind auch für uns relevant, denn weder die AfD noch der Rechtsruck sind ein rein ostdeutsches Problem. Wir wollen deshalb zuhören, Erfahrungen aufnehmen und gemeinsam daraus für unsere politische Praxis lernen.

Der Vorstand der GRÜNEN JUGEND München wird beauftragt, die Umsetzung der in diesem Antrag beschlossenen Maßnahmen in einen sinnvollen Zeitplan zu überführen und im Verbandsjahr 2026/27 mit der Umsetzung zu beginnen. Die Maßnahmen sind bei den kommenden Haushaltsaufstellungen und Jahresplanungen zu berücksichtigen und entsprechend mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zu hinterlegen.

Gleichzeitig sind alle Mitglieder der GRÜNEN JUGEND München eingeladen und aufgerufen, sich an der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zu beteiligen, eigene Ideen für solidarische Projekte einzubringen und den Austausch mit anderen Verbänden aktiv mitzugestalten. Solidarische Verbandsarbeit soll dabei

116 nicht allein Aufgabe des Vorstands sein, sondern als gemeinsames Anliegen des
117 gesamten Kreisverbands verstanden und mit Leben gefüllt werden.

Begründung

Solidarität ist eine der zentralen politischen Forderungen der GRÜNEN JUGEND. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Menschen füreinander eintreten, Ressourcen gerecht verteilt werden und niemand aufgrund der eigenen sozialen oder finanziellen Situation von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen wird. Solidarität bedeutet für uns, Verantwortung füreinander zu übernehmen und gemeinsam dafür zu sorgen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, ihre Interessen einzubringen, aktiv zu werden und für ihre Überzeugungen einzustehen.

Doch wenn wir Solidarität glaubwürdig und authentisch in der Gesellschaft einfordern wollen, müssen wir uns auch selbst daran messen lassen: Wie solidarisch sind wir eigentlich als Verband?

Denn auch innerhalb der GRÜNEN JUGEND sind die Voraussetzungen für politische Arbeit sehr unterschiedlich. Manche Kreis- und Landesverbände haben viele aktive Mitglieder, umfangreiche finanzielle Mittel und gewachsene Strukturen. Andere bestehen aus wenigen Aktiven, haben deutlich weniger finanzielle Möglichkeiten und müssen ihre politische Arbeit mit sehr begrenzten personellen Ressourcen organisieren. Während manche Verbände regelmäßig große Veranstaltungen durchführen können, kann es für andere bereits eine Herausforderung sein, genügend Menschen für eine Veranstaltung zusammenzubekommen oder die dafür notwendigen Kosten aufzubringen.

Diese Unterschiede sind nicht einfach eine Frage von Engagement oder politischer Motivation. Strukturen entstehen unter unterschiedlichen gesellschaftlichen und regionalen Bedingungen. Ein Kreisverband in einer Großstadt kann beispielsweise auf eine große Zahl junger Menschen, eine vielfältige Zivilgesellschaft und eine Vielzahl an politischen und kulturellen Angeboten zurückgreifen. In ländlicheren Regionen oder Regionen mit einer zahlenmäßig kleineren linken und progressiven Zivilgesellschaft kann es hingegen wesentlich schwieriger sein, dauerhaft neue Mitglieder zu gewinnen und politische Strukturen aufzubauen, sowie diese aktiv zu halten.

Besonders deutlich werden diese Unterschiede mit Blick auf Ostdeutschland. Viele unserer Verbände dort arbeiten unter historischen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, die sich von denen in westdeutschen Großstädten deutlich unterscheiden. Junge Menschen, die sich für linke, progressive, antifaschistische und emanzipatorische Politik engagieren, sind dort mit einem deutlich stärkeren gesellschaftlichen Druck und einer stärkeren Präsenz rechter und rechtsextremer Strukturen konfrontiert. Diese besonderen Herausforderungen müssen wir als Gesamtverband anerkennen und sichtbar machen.

Gleichzeitig wäre es falsch, strukturelle Schwäche ausschließlich mit Ostdeutschland gleichzusetzen. Auch innerhalb Bayerns und in anderen Teilen der Bundesrepublik gibt es Kreis- und Landesverbände, die mit wenigen Mitgliedern, begrenzten finanziellen Mitteln oder fehlenden personellen Ressourcen arbeiten.

Strukturschwächere Verbände kann es überall dort geben, wo die Voraussetzungen für den Aufbau und die Aufrechterhaltung linker und progressiver politischer Strukturen herausfordernder sind.

Diese unterschiedlichen Voraussetzungen zeigen sich auch in der finanziellen Ausstattung unserer Verbände. Gerade auf Landesebene können die finanziellen Möglichkeiten der GRÜNEN JUGEND davon beeinflusst werden, wie stark Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor Ort aufgestellt ist und welche parlamentarischen und organisatorischen Strukturen bestehen. Während die GRÜNEN in einigen Bundesländern über eine starke parlamentarische Präsenz verfügen, gibt es insbesondere in Ostdeutschland Länder, in denen sie gar nicht oder nur mit wenigen Abgeordneten in den Landesparlamenten vertreten sind. Das bedeutet häufig auch weniger oder keine öffentliche Förderung für die GRÜNE JUGEND und weniger finanzielle Möglichkeiten für eine Unterstützung durch die GRÜNEN vor Ort. Diese strukturellen Unterschiede wirken sich unmittelbar auf die politische Arbeit aus.

Für die GRÜNE JUGEND vor Ort kann das bedeuten, dass sie nicht nur weniger Möglichkeiten hat, politische Inhalte zu setzen und Veranstaltungen zu organisieren, sondern ständig um die grundlegenden Voraussetzungen ihrer eigenen politischen Arbeit kämpfen muss. Wenn bei jeder Veranstaltung die Frage im Raum steht, ob und wie sie finanziert werden kann und wo sie überhaupt stattfinden kann, bleibt weniger Raum, um über politische Inhalte zu sprechen und aktiv Politik mitzugestalten. Wenn öffentlich geförderte Jugendzentren aus Sorge vor der AfD ihre Türen für Veranstaltungen der GRÜNEN JUGEND verschließen, verschärft sich diese Situation zusätzlich. Aus politischer Arbeit wird so schnell ein dauernder Kampf um die eigenen Strukturen und Handlungsmöglichkeiten.

Strukturelle Unterschiede sind nicht allein das Ergebnis unterschiedlicher Mitgliederzahlen oder interner Verbandsstrukturen, sondern auch Ausdruck der unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen unsere Mitglieder vor Ort arbeiten.

Gerade deshalb müssen wir uns als Gesamtverband fragen, wie wir mit diesen unterschiedlichen Ausgangslagen umgehen.

Die GRÜNE JUGEND München ist dabei in einer besonderen Situation. Wir sind ein großer und mitgliederstarker Kreisverband mit vielen engagierten Menschen. Wir verfügen über gewachsene Strukturen, Erfahrungen in der Organisation von Veranstaltungen und politischen Kampagnen und über finanzielle und personelle Möglichkeiten, die anderen Verbänden nicht in gleichem Umfang zur Verfügung stehen. Gleichzeitig profitieren wir als Großstadtverband von einem Umfeld, in dem es viele junge Menschen, politische Initiativen, Vereine und andere linke und progressive Strukturen gibt.

Diese Möglichkeiten sind ein Privileg. Und aus Privilegien entsteht Verantwortung.

Wenn wir mehr Möglichkeiten haben, politische Arbeit zu organisieren, sollten wir diese Möglichkeiten auch nutzen, um anderen Verbänden politische Arbeit zu ermöglichen. Solidarität darf dabei nicht erst dann einsetzen, wenn ein Verband akute Unterstützung benötigt. Sie sollte ein fester Bestandteil unserer Verbandskultur sein.

Mit diesem Antrag wollen wir Solidarität zu einem konkreten Anspruch an unsere eigene Verbandsarbeit machen. Die GRÜNE JUGEND München soll sich ihrer eigenen Ressourcen und Möglichkeiten bewusst sein und diese nicht ausschließlich für die eigene Verbandsarbeit einsetzen. Wir wollen einen Verband, in dem politische Teilhabe nicht davon abhängt, ob man zufällig in einem mitgliederstarken Großstadtverband lebt oder in einer Region, in der linke und progressive Strukturen deutlich schwieriger aufzubauen und zu erhalten sind.

Solidarität bedeutet für uns dabei nicht, Unterschiede zwischen Verbänden unsichtbar zu machen. Im Gegenteil: Solidarität beginnt damit, unterschiedliche Ausgangslagen anzuerkennen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Wenn wir gesellschaftliche Solidarität fordern, müssen wir zeigen, dass sie auch innerhalb unseres eigenen Verbandes funktionieren kann.

Solidarität darf kein abstrakter politischer Wert bleiben. Sie muss gelebte (Verbands-)Praxis werden.